

## Der Mindestlohn in Polen

In Polen wurde der Mindestlohn („płaca minimalna“) bereits zu Zeiten der Volksrepublik in den 1950er Jahren eingeführt. In seiner aktuellen Form basiert er auf einem Gesetz von 2002.<sup>1</sup> Seine Höhe wird in der Tripartiten Kommission jährlich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie Vertretern der Regierung neu verhandelt und anschließend von der Regierung festgelegt, wobei die Regierung bei fehlender Einigung in der Kommission eine eigenmächtige Entscheidung treffen kann.

Da bei der Festsetzung laut Gesetz zumindest die Inflation ausgeglichen werden sollte, ist der Mindestlohn in Polen seit erstmaliger Erfassung in Eurostat-Statistiken Ende der 1990er kontinuierlich gestiegen, so dass die heutige Höhe mehr als das Doppelte des damaligen Wertes erreicht. Aktuell beträgt der gesetzliche Mindestlohn 1680 Złoty (ca. 397 Euro) brutto und soll im kommenden Jahr auf 1750 Złoty (ca. 414 Euro) steigen.<sup>2</sup> Im Vergleich zeigt sich, dass der polnische Mindestlohn gemessen an der Kaufkraft im europäischen Mittelfeld liegt (Stand 2013).<sup>3</sup>

Die öffentliche Debatte über den Mindestlohn verläuft entlang ähnlicher Linien wie in Deutschland. Auf der einen Seite befürworten Gewerkschaften und andere arbeitnehmersnahe Organisationen den Mindestlohn als wichtiges Instrument, um Ausbeutung zu verhindern und Armut zu bekämpfen, vor allem da in Polen immer noch viele Familien vom Gehalt eines einzigen Arbeitnehmers abhängig sind. Auf der anderen Seite sehen Arbeitgebervertreter den Mindestlohn als entweder zu hoch oder gänzlich überflüssig an und argumentieren, dass er sogar schädlich für Niedrigqualifizierte und Berufseinsteiger sei, da er es insbesondere diesen Gruppen schwer mache, in Beschäftigung zu kommen.

---

<sup>1</sup> <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU20022001679>

<sup>2</sup> <http://www.dziennikustaw.gov.pl/du/2014/1220/D2014000122001.pdf>

<sup>3</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/File:MW\\_PPS\\_January\\_2013-de.png](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/File:MW_PPS_January_2013-de.png)

Die Gewerkschaft NSZZ „Solidarność“ startete 2011/2012 eine Kampagne zur Erhöhung des Mindestlohns in Polen.<sup>4</sup> Auf dem üblichen Weg würde eine Erhöhung im Rahmen der Tripartiten Kommission vereinbart werden, jedoch kritisierte der Gewerkschaftsverband, dass eine Erhöhung des Mindestlohns nicht von einer Einigung der Kommission bzw. dem Wohlwollen der Regierung abhängen sollte. Zudem boykottiert die Gewerkschaftsseite die Kommission seit Mitte 2013, d.h. die polnischen Gewerkschaften können die Verhandlungen über den Mindestlohn auf diese Weise derzeit nicht beeinflussen. Ziel der Solidarność-Kampagne war die Durchsetzung eines Gesetzesentwurfs über das Instrument der Bürgerinitiative, der den Mindestlohn auf 50 Prozent des monatlichen Durchschnittseinkommens anheben und an das Wirtschaftswachstum koppeln würde. Die Solidarność konnte zwar 350.000 Stimmen für die Gesetzesinitiative mobilisieren, der Vorschlag kam allerdings über die erste Lesung im polnischen Parlament nicht hinaus.<sup>56</sup> Aktuell liegt der Mindestlohn bei 44,8 Prozent<sup>7</sup> des monatlichen Durchschnittseinkommens in Polen und befindet sich damit im Vergleich mit anderen europäischen Staaten im mittleren Bereich (Stand 2013). Die liberal-konservative Regierungspartei PO zeigte sich abwartend, obwohl ihr Koalitionspartner PSL durchaus offen für die Idee war, während die größeren Oppositionsparteien, sowohl die nationalkonservative PiS als auch der sozialdemokratische SLD, deutliche Unterstützung für die Initiative signalisierten.<sup>8</sup> Bis heute ist die Initiative noch nicht erfolgreich durch das Parlament gekommen. Allerdings sprechen sich PiS und SLD weiterhin für einen Mindestlohn in Höhe der Hälfte des durchschnittlichen Durchschnittseinkommens aus und sehen diese Forderung als Teil ihres jeweiligen Programms.<sup>9 10</sup>

Im Juni 2014 schlug die Regierung einen Mindestlohn in Höhe von 1750 Złoty (ca. 414 Euro) für das Jahr 2015 vor. Dies bedeutet, dass der Lohn über die Inflationsrate hinaus stiege und 46 Prozent des Durchschnittslohnes erreichte, jedoch weiterhin unterhalb der von den Gewerkschaften geforderten 50-Prozent-Marke läge. Dies als

<sup>4</sup> <http://www.placaminimalna.pl/>

<sup>5</sup> <http://www.placaminimalna.pl/index.php/aktualnosci/34-placa-minimalna-wazna-dla-gospodarko>

<sup>6</sup> <http://www.sejm.gov.pl/sejm7.nsf/PrzebiegProc.xsp?nr=28>

<sup>7</sup> [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn\\_mw\\_avgr2&lang=en](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn_mw_avgr2&lang=en)

<sup>8</sup> <http://www.placaminimalna.pl/index.php/aktualnosci/25-dobry-projekt-qsolidarnosci>

<sup>9</sup> <http://www.wprost.pl/ar/447010/Zemke-Placa-minimalna-w-calej-Unii-na-poziomie-50-proc/>

<sup>10</sup> <http://tvn24bis.pl/informacje,187/nowy-program-pis-ekonomisci-oceniaja,399151.html>

Zugeständnis der Regierung an die Gewerkschaften zu interpretieren, bleibt deshalb, auch angesichts des schlechten Gesprächsklimas zwischen den beiden Seiten, fragwürdig. Sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberverbände zeigen sich unzufrieden mit der vorgeschlagenen Höhe. Wahrscheinlich wird sich der Vorschlag aufgrund des mangelnden Konsenses aller Seiten schlussendlich dennoch als Regierungsverordnung durchsetzen.<sup>11</sup>

Ein weiterer Streitpunkt der Debatte stellt eine regionale Ausdifferenzierung des Mindestlohnes dar. Das starke Wohlstandsgefälle zwischen den Regionen Polens hat zur Folge, dass der Mindestlohn abhängig vom Standort eines Arbeitnehmers in einem wechselnden Verhältnis zum Durchschnittseinkommen steht. Zum Beispiel liegt er im nord-östlichen Ermland-Masuren über 50 Prozent des dortigen Durchschnittseinkommens, in Masowien, der Region in der auch die Hauptstadt Warschau liegt, unter 50 Prozent.<sup>12</sup> Einige Vertreter der Arbeitgeberverbände fordern deshalb eine geographische Ausdifferenzierung der Höhe des Mindestlohnes, wodurch die regionale Arbeitslosigkeit reduziert und Wachstum stimuliert werden soll. Die Gewerkschaften lehnen diesen Vorschlag allerdings vehement ab, da die Differenzierung lediglich die Armut in bestimmten Gebieten zementieren und keineswegs zum Wachstum beitragen würde. Da auch der Arbeits- und Sozialminister der PO-PSL Regierung Kosiniak-Kamysz bereits 2013 ähnliche Vorschläge zur Ausdifferenzierung abgelehnt hat, bleibt die Umsetzung einer solchen Reform unwahrscheinlich.<sup>13</sup>

Neuer Schwung in die Debatte schien durch einen Vorschlag des Gewerkschaftsbundes OPZZ zu kommen. Der OPZZ fordert, dass in Zukunft der Mindestlohn stundenweise, und nicht wie bisher monatsweise, auf 11 PLN (ca 2,80 Euro) festgesetzt wird.<sup>14</sup> Die Einführung des stündlichen Mindestlohnes hätte den Vorteil, dass Arbeitgebern nicht mehr das rechtliche Schlupfloch zur Verfügung stünde, über zivilrechtliche Verträge die Stundenlöhne stark zu drücken. In einigen Branchen bezahlen die Arbeitgeber ihren Angestellten teilweise drei Złoty (unter einem Euro) Stundenlohn

---

<sup>11</sup> [http://wyborcza.biz/biznes/1,101562,16124665,1750\\_zl\\_placy\\_minimalnej\\_Rzad\\_za\\_wieksza\\_podwyzka.html](http://wyborcza.biz/biznes/1,101562,16124665,1750_zl_placy_minimalnej_Rzad_za_wieksza_podwyzka.html)

<sup>12</sup> <http://www.centrumrekrutacyjne.pl/p/dlaczego-minister-pracy-nie-chce-roznej-placy-minimalnej-w-regionach,141.html>

<sup>13</sup> [http://serwisy.gazetaprawna.pl/praca-i-](http://serwisy.gazetaprawna.pl/praca-i-kariera/artykuly/675879,dlaczego_minister_pracy_nie_chce_roznej_placy_minimalnej_w_regionach.html)

[kariera/artykuly/675879,dlaczego\\_minister\\_pracy\\_nie\\_chce\\_roznej\\_placy\\_minimalnej\\_w\\_regionach.html](http://www.opzz.org.pl/-/opzz-do-nowego-rzadu-czekamy-na-minimalna-place-godzinowa)

<sup>14</sup> <http://www.opzz.org.pl/-/opzz-do-nowego-rzadu-czekamy-na-minimalna-place-godzinowa>

und weniger.<sup>15</sup> Das Arbeits- und Sozialministerium beraumte bereits 2013 eine Prüfung des Vorschlages an. Im April 2014 fand im Sejm eine parlamentarische Fragestunde zu dem Thema statt, die Vertreterin des Arbeits- und Sozialministeriums lehnte die Forderung allerdings ab. Ihr zufolge ließe der polnische Rechtsrahmen eine solche Reform momentan nicht zu.<sup>16</sup>

Der OPZZ besteht dennoch auf der Forderung. Ob der Verband sich damit in nächster Zeit erfolgreich durchsetzen können, bleibt offen. Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass die für die Aushandlung des Mindestlohnes zuständige Tripartite Kommission immer noch von den Gewerkschaften boykottiert wird und OPZZ-Vorsitzender Jan Guz das Gesprächsklima zwischen Gewerkschaften und Regierung zuletzt kritisierte.<sup>17</sup> Der SLD hat die Forderung aber in sein Programm integriert. Der SLD-Vorsitzende Leszek Miller hatte Ministerpräsidentin Ewa Kopacz während ihrer Regierungsansprache im Sejm damit konfrontiert.<sup>18</sup>

**Julien Hauth**, Praktikant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen

**Jan Meder**, Praktikant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen

**Bastian Sendhardt**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen

*Warschau, November 2014*

---

<sup>15</sup> [http://wyborcza.biz/Firma/1,101618,16090505,Debata\\_o\\_minimalnej\\_stawce\\_Sejmie\\_Koniec\\_ofert\\_3.html](http://wyborcza.biz/Firma/1,101618,16090505,Debata_o_minimalnej_stawce_Sejmie_Koniec_ofert_3.html)

<sup>16</sup> <http://www.sejm.gov.pl/sejm7.nsf/interpelacjaTresc.xsp?documentId=B4D7E04A1BFDBAD1C1257D0E002FA1E6&view=1>

<sup>17</sup> [http://wyborcza.pl/1,134154,16874721,Szef\\_OPZZ\\_o\\_wprowadzeniu\\_godzinowej\\_placy\\_minimalnej\\_.html](http://wyborcza.pl/1,134154,16874721,Szef_OPZZ_o_wprowadzeniu_godzinowej_placy_minimalnej_.html)

<sup>18</sup> <http://leszek-miller.blog.onet.pl/2014/10/02/wystapienie-w-dyskusji-nad-expose-premier-ewy-kopacz-stenogram/>